

Vier Politiker tangiert es nicht, einer tat es

Politik | Vertreter des Schwarzwald-Baar-Kreises über die Trennung von Politik und Wirtschaft / Bonath: »Die verdienen alle gut«

Es ist nicht erst seit Ex-Kanzler Gerhard Schröder ein heikles Thema: Ex-Politiker in der Wirtschaft. Abhängigkeiten will man in Baden-Württemberg künftig verhindern. Wie stehen die Abgeordneten im Schwarzwald-Baar-Kreis zu diesem Thema?

■ Von Cornelia Spitz

Schwarzwald-Baar-Kreis. Wer als Politiker in die freie Wirtschaft wechselt, soll das nach Plänen der baden-württembergischen Landesregierung künftig nicht nahtlos an sein Ausscheiden aus dem politischen Amt tun können. Wie finden das die Abgeordneten im Schwarzwald-Baar-Kreis? Wir haken nach.

Braun: »Distanz halte ich für wichtig«

Die Grünen-Abgeordnete Martina Braun etwa hält eine solche Maßnahme für »zwingend erforderlich«, es gehe darum, Interessenskonflikte zum Nachteil des Landes zu unterbinden, »diese Distanz halte ich für sehr wichtig«. **CDU-Bundestagsabgeordneter Thorsten Frei** pflichtet bei: »Das stärkt Transparenz, Vertrauen und Unabhängigkeit der Regierungsmitglieder und damit der Politik insgesamt.«

Der FDP-Landtagsabgeordnete Frank Bonath etwa begrüßt den Vorschlag, »denn anders als im Bund gibt es dafür bislang gar keine Regeln«. Aber: Bonath sieht einen Nachbesserungsbedarf, »denn aus meiner Sicht sollte das Gesetz einen Passus be-



Ex-Minister und Konzerne mit viel Geld im Spiel Hand in Hand – das soll es künftig nicht mehr geben. Foto: iceteaimages – stock.adobe.com

inhalten, der die Einhaltung einer bestimmten Karenzzeit daran knüpft, ob eine Anschlussstätigkeit im selben Feld erfolgt, für die ein Minister oder Staatssekretär zuständig war. Das ist leider bislang nicht vorgesehen.«.

Warum Bonath diese Vorgehensweise für wichtig hält, erklärt er anhand des ehemaligen grünen Umweltministers Franz Untersteller mit einem prominenten Beispiel: »Herr Untersteller hat zehn Jahre lang als Minister die Rahmenbedingungen für die Energiewirtschaft mitgestaltet und ist dann zu einem Energieunternehmen gewechselt.« Gerade ein solcher Passus wäre auch Niko Reith wichtig, FDP-Abgeordneter für den Bereich Tuttlingen-Donaueschingen im Landtag, schließlich sei gerade dann von einer Beeinträchtigung öffentlicher Interessen auszugehen. Untersteller habe »direkt im Anschluss an sein Ministeramt die Seiten gewechselt und damit in der Öffent-

lichkeit das Bild vermittelt, er würde nun sein Regierungswissen in der freien Wirtschaft versilbern«, kritisiert Reith.

Um das Vorhaben praktikabel zu gestalten, solle, so Bonath, ein fachkundiges Gremium Interessenskonflikte bewerten und empfehlen, »wie lange gegebenenfalls eine Abkühlphase sein sollte«. Auch Niko Reith ist davon überzeugt, dass solche Karenzzeiten »die Integrität und das Vertrauen in die Politik« stärken.

Sorge, dass man mit einer solchen Regelung Politiker nach ihrer aktiven Laufbahn im Wahlamt in eine ungewisse Zukunft entlasse, hat Bonath nicht – das »betrifft Minister und Staatssekretäre, also diejenigen, die in den Ministerien die Zügel in der Hand halten. Die verdienen alle gut«.

Darüber hinaus, so die Grüne Martina Braun, zahle das Land für Regierungsmitglieder, die aus dem Amt aus-

scheiden, »ein sogenanntes Übergangsgeld oder Ruhegehalt«. Dieses sei »mehr als ausreichend«, um die Karenzzeit zu überbrücken. »Aus meiner Sicht ist es angemessen«, findet auch Thorsten Frei und fügt hinzu: »Schließlich weiß jeder in der Politik, worauf er sich einlässt und dass in der Wirtschaft für vergleichbare Tätigkeiten oft höhere Gehälter möglich sind.«

Und wer der hiesigen Abgeordneten wäre persönlich tangiert? Frank Bonath verneint und fügt hinzu, er beschäftige sich damit aktuell nicht, sondern konzentriere sich voll auf seinen aktiven Job für seinen Wahlkreis. Niko Reith geht davon aus, dass er für

den Fall einer beruflichen Zeit nach dem politischen Mandat in seiner Tätigkeit als Versicherungsmakler in Donaueschingen verwurzelt sei und das auch bleibe. Dort lebt auch Thorsten Frei mit seiner Familie – neue Zukunftspläne für die Zeit danach hegt auch er nicht, »ich bin sehr glücklich mit meiner Aufgabe in Berlin«, bekräftigt er stattdessen.

Auch Martina Braun winkt ab – sie sei bis 2026 gewählt, auf diesen Zeitraum konzentriere sie ihre Energie und Arbeitskraft. »Die wenige freie Zeit verbringe ich lieber mit meiner Familie als mit Überlegungen, wie ich meine Zeit ab 2026 verbringe.«

Einer, der den Schritt in die neue Zukunft schon hinter sich gebracht hat, ist der ehemalige FDP-Bundestagsabgeordnete Marcel Klinge. Bis zur letzten Bundestagswahl saß er als tourismuspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Berliner Gremium – jetzt will er im selben Bereich die Wirtschaft auf Trab bringen. Auf seiner Agenda für berufliche Neuorientierung stand eine Denkfabrik – als deren Gründungsmitglied er sich um bessere Lösungsmöglichkeiten für Tourismus, Hotellerie und Gastronomie sowie deren Zulieferer kümmern will. Politik und Praxis sollen hier zusammenkommen, sagte Klinge dazu im vergangenen Jahr in einem Pressegespräch.

Was die Verknüpfung von Politik und Praxis aber anbelangt, würde beides – zumindest für Minister und Staatssekretäre – nun unmittelbar nach ihrer Amtszeit zunächst einmal nicht mehr zusammenkommen dürfen.

Der Ex-Politiker Marcel Klinge, nur einfacher Abgeordneter gewesen, darf sich also diesbezüglich glücklich schätzen. Fernab der politischen Gremien verfolge er das Thema (wie die Landespolitik) »nicht mehr so wirklich«, erklärt er auf Anfrage des Schwarzwälder Boten und ist folglich aus dem Schneider: »Ich bin ja nun eher Privatperson.«

Anzeige

